

Kassel, 6. November 2012

Niederschrift
über die **5. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 30. Oktober 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Anja Lipschik, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten

Teilnehmer mit beratender Stimme

Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Nicole Schmidt, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Frau Marie-Luise Ros, Sozialamt
Herr Manfred Kimm, Geschäftsstelle der Beiräte

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Jahresbericht des Sozialamtes vorstellen | 101.17.526 |
| 2. | Beirat des Jobcenters stärken | 101.17.556 |
| 3. | Situation somalischer Flüchtlingsfamilien in Kassel | 101.17.570 |
| 4. | Finanzielle Entlastung der Stadt durch Übernahme der Kosten für Grundsicherung sowie für Bildung und Teilhabe | 101.17.615 |
| 5. | Kasseler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) | 101.17.639 |
| 6. | Hilfeempfänger nach Altersgrenze | 101.17.665 |

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 23. Oktober 2012 ordnungsgemäß einberufene 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Wunsch der SPD-Fraktion wird der Tagesordnungspunkt

6. Hilfeempfänger nach Altersgrenze

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.17.665 –

von der Tagesordnung abgesetzt.

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, beantragt den Tagesordnungspunkt

2. Beirat des Jobcenters stärken

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.556 –

von der Tagesordnung abzusetzen, da für die Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Kalveram stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Jahresbericht des Sozialamtes vorstellen

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27. August 2012

Bericht des Magistrats

-101.17.526-

Beschluss

Der Jahresbericht des Sozialamtes wird im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorgestellt.

Im Einvernehmen wird festgelegt, dass die Nachfragen zum vorliegenden Jahresbericht des Sozialamtes für das Jahr 2011 vom April 2012 von den Mitgliedern schriftlich eingereicht und dann auch schriftlich beantwortet werden. Die Fragen der Mitglieder sollen bis zum 15. November 2012 bei der Vorsitzenden eingereicht werden.

Die Vorsitzende erklärt den Bericht mit der Zusage der schriftlichen Antwort für erledigt.

2. Beirat des Jobcenters stärken

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.556 -

Abgesetzt

3. Situation somalischer Flüchtlingsfamilien in Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.570 -

Anfrage

Mit Schreiben vom 28.06.2012 hat sich der Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V. an die Fraktionsvorsitzenden gewandt mit einem Anschreiben „Zur Situation somalischer Familien in Kassel aus Sicht der Migrationsberatungsstelle des Caritasverbandes Nordhessen-Kassel e.V.“.

Aus Sicht des Caritasverbandes ergeben sich in Anbetracht der von den Sozialberatern getroffenen Feststellungen verschiedene Notwendigkeiten bezüglich Wohnraum, Bildung und Alltagsbewältigung, die in der gegenwärtigen Situation nur unzureichend besorgt werden können.

Wir fragen den Magistrat, ob und in welcher Weise er dazu bereit und in der Lage ist, dem Anliegen des Caritasverbandes nachzukommen?

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage.
Stadträtin Janz und Frau Ros, stellvertretende Leiterin Sozialamt, beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Frau Ros, stellvertretende Leiterin Sozialamt, erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

4. Finanzielle Entlastung der Stadt durch Übernahme der Kosten für Grundsicherung sowie für Bildung und Teilhabe
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.615 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch sind die finanziellen Entlastungen für die Stadt Kassel durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter (SGB II) sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe (SGB II) durch den Bund?
2. Wie hoch sind die finanziellen Entlastungen für die Stadt Kassel durch die erste und die jetzt eingeleitete zweite Stufe der Kostenübernahme der Altersgrundsicherung?
3. Welche weiteren Bundesprogramme entlasten den städtischen Haushalt 2013 in welcher Höhe?

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage. Frau Ros, stellvertretende Leiterin Sozialamt, beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Beantwortung zum Protokoll zu.

Nach Beantwortung durch Frau Ros, stellvertretende Leiterin Sozialamt, erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

5. Kasseler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.639 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

- Wie weit ist die Projektgruppe mit der Befragung der Verwaltung zur UN-BRK?
- Wann wird ein Zwischenbericht der Projektgruppe vorgestellt?

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet die Anfrage.
Stadträtin Janz und Herr Kimm, Geschäftsstelle der Beiräte, beantworten die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Herrn Kimm, Geschäftsstelle der Beiräte, erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

- 6. Hilfeempfänger nach Altersgrenze**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.665 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Zu TOP 4

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Soziales

Kassel, 23. Oktober 2012

Anfrage der CDU Fraktion vom 14. September 2012
Vorlage Nr. 101.17.615
Finanzielle Entlastung der Stadt durch Übernahme der Kosten für Grundsicherung
sowie für Bildung und Teilhabe

Die Anfrage beantworten wir wie folgt:

1. Frage:

Wie hoch sind die finanziellen Entlastungen für die Stadt Kassel durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter (SGB II) sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe (SGB II) durch den Bund?

Antwort:

Kostenbeteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter (SGB II)

Die Beantwortung erfolgt unter der Annahme, dass die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II gemeint ist. Es werden 26,4% der Aufwendungen für Unterkunfts- sowie Heiz- und Warmwasserkosten SGB II erstattet. Für 2013 rechnen wir mit Erträgen von rund 12,5 Mio € bei Aufwendungen von 47,5 Mio €.

Kosten für Bildung und Teilhabe (SGB II)

Mit einer Entlastung des städtischen Haushaltes ist nicht zu rechnen. Der Bund übernimmt im Wege der monatlichen Erstattung nach Maßgabe von § 46 (6) SGB die Kosten der neu geschaffenen Aufgabe. Es werden zunächst pauschal 5,4% der Aufwendungen für Unterkunftskosten des SGB II erstattet. Eine Mittelrevision ist bereits rückwirkend für 2012 angekündigt, so dass für nicht verbrauchte Restmittel eine Rückstellung gebildet werden muss, um daraus die Rückforderung zu bestreiten. Die Kostenübernahme des Bundes beschränkt sich zudem auf die Aufwendungen für die Rechtskreise SGB II und § 6b BKGG (Wohngeld und Kinderzuschlag). Die Aufwendungen für die Rechtskreise SGB XII, §2 AsylbLG und § 3 AsylbLG (Leistungsgewährung im Rahmen § 6 AsylbLG) belasten den städtischen Haushalt.

2. Frage:

Wie hoch sind die finanziellen Entlastungen für die Stadt Kassel durch die erste und die jetzt eingeleitete zweite Stufe der Kostenübernahme der Altersgrundsicherung?

Antwort:

Im Entwurf des Haushaltes 2013 ist eine Bundesbeteiligung von 17,7 Mio € in 2013 und 23,9 Mio € in 2014 eingestellt, die die geplanten Erhöhungsschritte (75% in 2013 und 100% ab 2014) bereits berücksichtigt. Bisher ist das Gesetz zur Regelung dieser Erhöhungsschritte allerdings noch nicht verabschiedet. In 2012 hat die Stadt Kassel eine Bundesbeteiligung in Höhe von rund 9,2 Mio. € erhalten, hier lag der Beteiligungssatz bei 45% der Aufwendungen des Jahres 2010.

3. **Frage:**

Welche weiteren Bundesprogramme entlasten den städtischen Haushalt 2013 in welcher Höhe?

Antwort:

Die Beantwortung der Frage muss seitens des Sozialamtes auf die Bereiche -50/56- begrenzt werden. Eine Beantwortung für den kompletten städtischen Haushalt kann von hier nicht erfolgen.

Für Sozialamt / Jobcenter können folgende Bundesprogramme genannt werden:

- Bundesbeteiligung für Mittagessen im Hort und Schulsozialarbeit (bis 2013 befristet) im Rahmen Bildungspaket rund 1,3 Mio. €
- Erstattung von Personalaufwendungen im Rahmen Bürgerarbeit rund 0,45 Mio. €.

Allerdings stehen den Bundeszahlungen auch Aufwände gegenüber, so dass keine effektive Entlastung entsteht.



Dr. Barthel
Stadtkämmerer